

MEINUNG



Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger

Wählen gehen wirkt!

Der Unmut über die herrschenden politischen Zustände ist groß. Viele Menschen wollen überhaupt nicht mehr zu Wahlen gehen. Sie hoffen, dass damit die herrschenden Parteien aufgerüttelt werden und sich vielleicht wieder besinnen. Eine trügerische Hoffnung, wie man weiß.

Schon in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung dramatisch zurückgegangen. Die Politik ist deswegen nicht besser geworden – im Gegenteil! Nach Wahlen finden die Nichtwähler höchstens nur noch am Rande eine kleine Beachtung. Dies ist kein Wunder, wird doch durch eine niedrige Wahlbeteiligung kein einziges Mandat weniger vergeben. Die Mandate für die Großparteien werden sogar billiger. So ist es schon vorgekommen, dass eine Partei zwar viele Stimmen bei der Wahl verlor, letztendlich aber sogar Mandate dazu gewonnen hat. Am Wahlabend konnte man sich dafür noch mit einem höheren Prozentanteil an den – viel niedrigeren – gültigen Stimmzahlen brüsten.

Das freie und allgemeine Wahlrecht ist eine große Errungenschaft, die nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Mit dem Stimmzettel kann man nur dann aufrütteln, wenn man ihn auch benutzt. Darum: Gehen Sie bitte zur Wahl – Sie haben eine wichtige Stimme!

Manifest zur Wahl 05

Das Manifest der steirischen KPÖ zur Landtagswahl ist erschienen. Es kann im Internet unter <http://www.kpoe-steiermark.at> heruntergeladen oder bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98 a, 8020 Graz, Tel 0316 71 24 79 bestellt werden.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

EU-Briefkästen: Regierung droht mit saftigen Strafen

Zahlreiche Menschen unterstützen die Aktion „Nein zu den EU-Briefkästen“. Dieser Druck von unten ist notwendig. Das neue Postgesetz, das mit 1. 1. 2006 in Kraft treten soll, sieht nämlich saftige Strafen vor, wenn ein Hauseigentümer die Briefkästen nicht umtauscht: Die Regierung droht eine Verwaltungsstrafe von „bis zu 30.000 Euro“ an, wenn jemand seinen Briefkasten nicht bis zum 30. Juni 2006 umtauschen lässt. Bei

den Strafen soll es eine Nachfrist von 6 Monaten geben.

Die Umstellungskosten werden mit 40 Euro pro Briefkasten beziffert. Auf alle Fälle wird diese Operation ein lukratives Geschäft für darauf spezialisierte Firmen. Laut „Kurier“ rechnet man mit einem Umsatz von 60 Millionen Euro!

Und all das nur, weil die EU vorschreibt, dass künftig auch private Anbieter Zugang zu den Briefkästen haben sollen. Die Kritik der Postbediensteten und auch von Wohnungsverwaltungen an diesem neuen Streich von EU und Regierung wurde bisher ignoriert.



Die überparteiliche Unterschriftenaktion: „Nein zu den EU-Briefkästen“ ist ein Versuch, die Kritik weiterzuführen. Unterschriftenlisten sind bei den Infoständen der Grazer KPÖ und in der KPÖ-Bezirksleitung Graz, Lagergasse 98a, Tel.: 71 24 79, erhältlich. Man kann auch im Internet unterschreiben: Auf www.kpoe-steiermark.at

Die überparteiliche Unterschriftenaktion: „Nein zu den EU-Briefkästen“ ist ein Versuch, die Kritik weiterzuführen. Unterschriftenlisten sind bei den Infoständen der Grazer KPÖ und in der KPÖ-Bezirksleitung Graz, Lagergasse 98a, Tel.: 71 24 79, erhältlich. Man kann auch im Internet unterschreiben: Auf www.kpoe-steiermark.at

EU-Beamte: Pension mit 50!

Mit 50 Jahren können nach einer Sondervereinbarung EU-Beamte bereits in Rente gehen, um für neue Mitarbeiter aus den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten Platz zu machen. Manche erhalten so eine Rente von 7500 Euro ab 50 Jahren. Wer am Stichtag der jüngsten EU-Erweiterungsrunde, dem 1. Mai 2004, 45 Jahre oder älter war oder 20 Dienstjahre absolviert hat, kann mit 50 Jahren in Pension gehen. Wer dies tut, muss mit Abschlägen rechnen. Unter bestimmten Umständen ist eine

Vorruhestandsregelung auch ohne Abschläge möglich.

Und noch ein Privileg gibt es: Gemäß dem neuen EU-Abgeordnetenstatut, das kurz vor der Sommerpause beschlossen worden war, müssen EU-Parlamentarier ab dem Jahr 2009 nicht mehr eigene Beiträge für ihre Pensionen zahlen. Diese werden vollständig aus dem EU-Budget getragen.

Derartige Privilegien gibt es im EU-Apparat. Gleichzeitig ist die EU mitverantwortlich für die Verschlechterungen im Pensionsrecht der Mitgliedsstaaten.